

Die Geschichte der OK

oder: Was die OK von den anderen kirchenpolitischen Gruppen unterscheidet

Warum gibt es kirchenpolitische Vereinigungen und deren Gesprächskreise in der Synode der Evangelischen Kirche in Württemberg?

Eine Landessynode besteht in der Evangelischen Kirche in Württemberg seit 1869. Deren Gründung hängt mit der allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland zusammen. Anfang des 19. Jahrhunderts war die Kirche noch fest in das Staatsgefüge integriert. Der erste Schritt zur Schaffung einer Synode wurde 1851 getan, als der König durch Verordnung die Bildung von Pfarrgemeinderäten, heute Kirchengemeinderäte, erlaubte. 1869 wurde die Landessynode dann erst das erste Mal einberufen. Hier wird von ersten Gruppen der 50 Abgeordneten (25 weltliche und 25 geistliche) berichtet, die sich nach Sympathie zusammengetan und diskutiert haben. Die erste Landessynode war demnach nicht von ausgeprägten Gruppen oder Parteien geprägt. Doch beschlossen die konservativere „kirchliche Partei“ und die andere Seite, die „Linken“, bereits im Zuge der 1875 eröffneten zweiten Synode, Fraktionen zu bilden, was der „kirchlichen Partei“ deshalb nicht gelang, weil ihr – im Gegensatz zu den Linken – ein anerkannter, parlamentarisch geschulter Führer fehlte. So zeichnete sich schon früh eine Polarisierung innerhalb der württembergischen Landessynode zwischen einem dem landeskirchlichen Pietismus nahestehenden Teil sowie einem eher liberal und freiheitlich gesinnten ab.

1919 fiel das landesherrliche Kirchenregiment weg. Das Kirchenwesen wurde auf der Grundlage der Weimarer Rechtsverfassung von 1919 neu organisiert, die eine Trennung von Staat und Kirche vorsah. Das nach dem neuen Gesetz zu wählende Kirchengremium wurde nunmehr als Landeskirchenversammlung bezeichnet. Neben der Urwahl durch die Gemeindeglieder der gesamten Landeskirche war auch die Einführung des Frauenwahlrechts neu. Der Landeskirchentag hatte 60 Abgeordnete, 40 weltliche und 20 geistliche. Zum ersten Mal entbrannte bei der jetzt angesetzten Direktwahl ein Wahlkampf. Die Wahlbeteiligung betrug 41,9 Prozent. Den „Rechtsstehenden“ gehörten 42 Personen an, die „Mitte“ zählte 27 Personen und die Linken 14. Nachdem ein Prälat sich gegen eine programmatische Namensgebung der Gruppen ausgesprochen hatte, verzichteten die liberaler Gesinnten auf den Namen „Volkskirchliche Gruppe“. Die Konservativeren benannten sich Gruppe I, die Liberalen Gruppe II.

Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 sollte auch die Kirche im gesamten Deutschen Reich gleichgeschaltet werden. Daher wurde im Juli 1933 ein 3. Landeskirchentag einberufen. Dieses Gremium rekrutierte sich aber nicht aus einer Urwahl, sondern vielmehr durch Delegierte, für die zuvor festgelegt wurde, aus welchem „Lager“ sie kamen. So erhielten die dem Nationalsozialismus ergebene „Glaubensbewegung Deutscher Christen“ 32 von 61 Sitzen zugeteilt. Der so gebildete 3. Landeskirchentag sollte die Württembergische Landeskirche in die Deutsche Reichskirche eingliedern. Bis 1934 gaben jedoch zahlreiche Abgeordnete der Deutschen Christen entweder ihr Mandat auf oder sie wechselten zu den beiden Gruppe I und Gruppe II, die sich jetzt „Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft“ und „Volkskirchliche Vereinigung“ nannten. Die Deutschen Christen hatten somit keine Mehrheit mehr.

Die Gesprächskreise der „Lebendigen Gemeinde“ wie „Evangelium und Kirche“ berufen sich heute auf die Tradition „Widerstand gegen die Deutschen Christen“, beide beanspruchen Teil der Württembergischen Bekenntnisgemeinschaft gegen die Gleichschaltung gewesen zu sein. Noch radikaler und pointierter darin, den Widerstand und die Schriften der Bekennenden Kirche in Württemberg zur Geltung zu bringen, war allerdings die Württembergische Sozietät, deren Nachfolgende, wenn kirchenpolitisch engagiert, heute Mitglieder in der Offenen Kirche sind (siehe OK-Anstöße 2/2007, Artikel „Die Evangelische Sozietät“ von Martin Günzler).

Die Kirchen waren Anfang der 50er Jahre voll, der Stuttgarter Kirchentag hatte 1952 einen großen Zulauf. Allerdings nahmen die Kirchenbesuche bis zum Ende des Jahrzehnts wieder rapide ab. Politisch aktiv war die „Kirchliche Bruderschaft“ in der Tradition der „Württembergischen Sozietät“. Die „Kirchliche Bruderschaft“ nennt sich deshalb heute „Evangelische Sozietät“. Sie sorgte beispielsweise dafür, dass das Stuttgarter Schuldbekenntnis im Gedächtnis blieb sowie für dessen Ergänzung durch das Darmstädter Wort. Sie wehrte sich auch gegen das „C“ in der CDU und gegen die Wiederbewaffnung.

Ab dem 4. Landeskirchentag 1948 gab es innerhalb der Kirche keine ausgesprochene Gruppenbildung – eine Nachwirkung wohl des Kirchenkampfes, der die Gruppen gegen die Bedrohung der Kirche durch einen antichristlichen Staat zusammengeschweißt hat. Dennoch sammelten sich Freundinnen und Freunde um bestimmte Synodale. Die Bildung fester Gruppen setzte wieder ein. Anfang des Jahrzehnts begann sich im Gefolge der Auseinandersetzung um die Theologie Rudolf Bultmanns zuerst die „Evangelisch-Kirchliche Arbeitsgemeinschaft für Biblisches Christentum“ zu formieren. Anhänger dieser

Arbeitsgemeinschaft regten zentrale Treffen an, die später „Ludwig-Hofacker-Konferenz“ hießen. Offiziell betrachtete sich die daraus hervorgehende Ludwig-Hofacker-Vereinigung als Vertretung der „Stillen im Land“, doch wollten deren Anhänger nicht länger schweigen, wenn es um die „Entmythologisierung des Neuen Testaments“ ging. Auch waren ihnen die Überlegungen zur Frauenordination ein so großer Dorn im Auge, dass sie diese auch öffentlich unter allen Umständen verhindern wollten.

Weiter wirkte ebenfalls die 1934 gegründete Württembergische Bekenntnisgemeinschaft. Ihr gehörten vor allem Pfarrer an. Da sie immer wieder mit der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ verwechselt wurde, nahm sie 1970 den Namen „Evangelium und Kirche an“.

Diese konservativ-evangelikal, bereits fundamentalistisch zu nennende Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ präsentierte sich vor allem in Westfalen und Württemberg immer stärker und öffentlichkeitswirksamer. (Es wäre interessant, deren damaligen Verbindungen zur „Deutschen Evangelischen Allianz“ und zur „Amerikanischen Evangelischen Allianz“ auszuleuchten). Daher wollten sich fortschrittliche Theologinnen und Theologen den verschiedenen Formen von Fundamentalismus entgegenstellen.

Der damalige Synodalpräsident Oskar Klumpp sprach diese Realität an: Drei Gruppen hätten sich gebildet - „Bibel und Bekenntnis“, „Evangelische Erneuerung“ und „Evangelium und Kirche“. Er wollte diese offiziell etablieren und die offensichtlich schwelenden Konflikte in eine strukturierte Diskussionskultur umwandeln.

Warum wurde die OK Ende der 60er Jahre notwendig?

In den 60er Jahren gab es aus Sicht liberaler, aufgeklärter, modern denkender Kirchenmitglieder eine immer größer werdende Not in der württembergischen Kirche – und hier beginnt die Geschichte der OK: Offiziell machte die Kirche die Gemeinden nicht vertraut mit neuerer Theologie, nicht mit historisch-kritischer Methode, nicht mit den Entmythologisierungsthesen von Rudolf Bultmann, nicht mit der dialektischen Theologie, nicht mit der Theologie Ernst Käsemanns, nicht mit der Aktion „Kirchenreform“.

Zu groß war die Angst vor einer Kirchenspaltung. Jahrelang diktierte die Stimmung in den 60er Jahren in der württembergischen Synode ein „Offener Brief“ von 50 Männern der Ludwig-Hofacker-Konferenz an die Kirchenleitung und an die Evangelisch-Theologische Fakultät in Tübingen, in dem es unter anderem hieß:

„Ich bin überzeugt, dass der Grundschaten unserer Kirche die Ausbildung der Theologen auf der Universität ist.“

„Der kritische Verstand löst die Grundlage des Glaubens, die Schrift, ohne wirklichen Grund immer weiter auf und macht daraus eine Sammlung von Mythen und Symbolen, von Märchen, Dichtungen und Sinnbildern, die durch kunstgerechte Deutung wunschgemäß zurechtgelegt werden.“

„Die Schrift stellt eindeutig die Vernunft unter den Gehorsam des Glaubens.“

„Es ist ein untragbarer Widerspruch, in der Gemeinde um vollmächtige Zeugen des Evangeliums zu beten, deren Ausbildung aber an Stätten zu binden, in denen das Fundament des Glaubens planmäßig zerstört werden darf.“

(nachzulesen im OK-Buch „und strecke mich aus nach dem, was da vorne ist“, das 1997 die Anfänge der OFFENEN KIRCHE festhielt)

Darüber war mit den Unterzeichnern des „Offenen Briefes“ auch nicht ins Gespräch zu kommen: „Von der liberalen Theologie will ich nichts wissen,“ wurde dem Eltinger Kreis von Theologiestudierenden, die das versuchten, beschieden.

Oskar Klumpps Bemühen, mit Hilfe der Gesprächskreise die theologische Meinungsbildung und die Klärung von Standpunkten zu fördern, fand ein jähes Ende, als die Ludwig-Hofacker-Vereinigung und der Vorstand der Bewegung „Kein anderes Evangelium“ ihm während ihres zähen Ringens um eine Beteiligung am Stuttgarter Kirchentag 1969 unterstellten, vertrauliche Informationen aus den Vorverhandlungen zwischen Ludwig-Hofacker-Vereinigung und Synodalpräsident an die Presse weitergegeben zu haben in der Erwartung, dass der geplante Kirchentag 1969 in Stuttgart auch für die württembergischen Evangelikalen annehmbar sein könnte. Klumpp wies die Vorwürfe als kränkend, unrichtig, leichtfertig, unsachlich und unfair zurück. Angesichts einer solchen Selbstsicherheit, Intoleranz und Verketzerung Andersdenkender trat er als Synodalpräsident und als Synodaler am 17. Oktober 1968 zurück.

Kritische Kirche

Am 7. November 1968 bildete sich die Aktion „Kritische Kirche“. In seinem Buch „Offene Kirche, Kritische Kirche“ beschrieb Werner Simpfendörfer sehr ausführlich, warum die Kirche nun eine solche Institutionalisierung eines kritischen Reflexes brauchte, um der Not eines viel zu geringen Reflektionsniveaus in der Kirchenpolitik abzuhelpfen. Zur Synodalwahl 1971 beschloss die Kritische Kirche, nicht selbst als Partei im Wahlkampf auf-

zutreten, sondern für Sachlichkeit und Durchsichtigkeit des Wahlkampfs zu sorgen: Die „Aktion Synode 71“ wurde gegründet, die in allen Wahlkreisen geeignete Kandidaten suchte. Auf Anhieb erreichte sie 31 Prozent der Stimmen und damit 26 Prozent der Sitze in der Synode. Danach setzten die kirchlichen Gruppierungen, die sich unter „Aktion Synode 71“ zusammengeschlossen hatten, ihre Arbeit fort und gaben der Kritischen Kirche am 8. Juli 1972 nach langer Diskussion den Namen „OFFENE KIRCHE (OK), Evangelische Vereinigung in Württemberg“.

Zu dieser Wahl 1971 trat auch erstmals die konservativ-pietistische Gruppierung „Lebendige Gemeinde“ an – hervorgegangen aus der 1969 entstandenen „Evangelischen Sammlung“ und dem bisherigen Gesprächskreis „Bibel und Bekenntnis“.

Die OK ist eine Partei

Wie die politischen Parteien ist die OK von der Rechtsform her ein sogenannter „nicht eingetragener Verein“, das heißt: Sie ist gemeinnützig, kann Zuwendungsbestätigungen erteilen und ist bei den Wahlen im Gegensatz zu eingetragenen Vereinen sehr flexibel, muss also bei den in zweijährigem Turnus abgehaltenen Vorstandswahlen nicht jedes Mal die Veränderungen beim Vereinsregistergericht melden.

Von Anfang an wurde die Offene Kirche also wie eine politische Partei von unten nach oben aufgebaut über die Mitglieder in den 26 Wahlkreisen bzw. Wahlbezirken der Landeskirche, deren verantwortlichen Bezirks-Teams sowie der jährlich stattfindende Mitgliederversammlung, die den mittlerweile zwölfköpfigen Vorstand (Leitungskreis) einschließlich der zwei Vorsitzenden und des Rechners wählt, den Haushalt beschließt und über das inhaltliche Programm der OK entscheidet. Der Vorstand vertritt zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Wahlen die Mitglieder der OK und führt die Geschäfte. In den Bezirken werden alle sechs Jahre die Kandidatinnen und Kandidaten der OK für die Synode aufgestellt. Die Gewählten bilden die Fraktion der OK in der Synode.

Nach wie vor leistet es sich ausgerechnet die Kirchenpresse in der Öffentlichkeit, statt von Fraktionen von Gesprächskreisen in der Synode zu sprechen. Hierzu ein Leserbrief von Fritz Röhm, der über Jahrzehnte hinweg im Leitungskreis der OK deren Geschicke mitbestimmt hat, auf einen Artikel im „Ev. Gemeindeblatt für Württemberg“ vom 29.7.2007, in dem der Begriff auch noch in Anführungszeichen gesetzt wurde:

„Gesprächskreise“ in Führungszeichen?

Wer „Gesprächskreise“ in Führungszeichen setzt, signalisiert journalistische Sorgfalt, weil er entdeckt hat, dass hier etwas nicht stimmt. Zugleich offenbart dies aber Verlegenheit und suggeriert Unklarheit. Der Vorspann des Artikels ist eine Meisterleistung der Verwirrung mit dem Anschein der Klärung, wenn er von so genannten Gesprächskreisen spricht, die keine Parteien seien (was stimmt), die jedoch mit eigenen Programmen antreten (was nicht stimmt), um damit zu fragen, wofür jede Gruppe stehe. Auch der Artikel selbst würfelt die Begriffe weiter munter durcheinander.

Ist es denn so schwer zu akzeptieren, dass die württembergische Kirchenpolitik seit den siebziger Jahren faktisch (und gewollt) von Parteien (kirchenpolitischen Gruppen oder Vereinigungen) und von synodalen Fraktionen (Gesprächskreisen) bestimmt wird? Dann wäre deutlich, wer welche Rolle spielt. Basisarbeit, Wahlprogramme und die Aufstellung von Synodal-KandidatInnen machen eben nicht die Fraktionen (Gesprächskreise), sondern die Parteien (Vereinigungen/Gruppierungen). Wie aus der staatlichen Politik jeder weiß, gibt es zur Wahlzeit auch keine Positionen der Fraktionen (Gesprächskreise), sondern nur der Parteien (Vereinigungen/Gruppen). Die Gesprächskreise können unmittelbar vor der Wahl gar keine Meinungen mehr haben, da sie nach der letzten Synodalsitzung nicht mehr existieren, sondern sich erst aus den neu gewählten Synodalen wieder bilden (oder vielleicht auch nicht?). Von den bisherigen 29 Synodalen der Offenen Kirche kandidieren zum Beispiel nur 3 Personen erneut.

Wäre es nicht gerade Sache des Kirchenjournalisten, endlich einmal Klartext zu reden und die Dinge beim Namen nennen? Vielleicht würde dann auch in der Kirchenverfassung für Klarheit gesorgt (in der bis heute weder synodale Gesprächskreise noch kirchenpolitische Vereinigungen vorkommen). Zugleich würde damit auch das ehrenamtliche Engagement in der Kirchenpolitik und in der Synode demokratisch gewürdigt.

Fritz Röhm, Stuttgart

Was hat die OK seitdem in der Landeskirche bewirkt?

In den 70er und 80er Jahren hielt die LG die absolute Mehrheit in der Synode. Besonders agierte sie in diesen Jahren gegen den Ökumenischen Rat der Kirchen (dagegen gar nicht gegen die damals ebenfalls weltweit agierende Evangelische Allianz). Eisern setzte sie ihre Mehrheit bei den verschiedenen Bischofswahlen für ihren jeweiligen Kandidaten ein. Inhaltlich hatte die OK gezwungenermaßen dauernd gegen Engführungen in der

Theologie und gegen die evangelikale Entwertung einer von mündigen, auch christlichen Bürgerinnen und Bürgern getragenen Demokratie, besonders in der Kirche, zu argumentieren. Erst 1989 gelang es ihr, die absolute Mehrheit der Evangelikalen zu brechen. 1995 gewann sie dann so viele Sitze in der Synode dazu, dass sie ihr Gewicht mit beinahe ebenso vielen Sitzen wie die LG in die kirchenpolitische Wagschale werfen konnte. Seit den Kirchenwahlen 2001 allerdings, in denen die OK – vielleicht aufgrund einer ungenügenden Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Wahl eines Vertreters der Lebendigen Gemeinde zum Bischof - rund 15 Prozent der Sitze verloren hatte, diktiert wieder vermehrt die pietistisch-konservative, (neo-)evangelikal zu nennende Synodalmehrheit die Beschlüsse, Entschließungen und Wahlen der Landessynode. Entsprechend rückwärts gewandt ist der Kurs.

Was wäre, wenn die Lebendigen Gemeinde (LG) in der Synode wieder die absolute Mehrheit stellen würde?

Zu befürchten wäre,

- dass die Theologinnen und Theologen sich in einer nicht-universitären Ausbildung nicht mehr dem Diskurs in den Fakultäten unserer Länder stellen müssten
- trotz aller Lippenbekenntnisse der LG zu den Ortsgemeinden, dass die Volkskirche aufgegeben und stattdessen weiter an Parallelstrukturen zu den Gemeinden vor Ort gearbeitet und Bekenntnis- und Personalgemeinden gegründet würden
- dass die öffentlich verfasste Kirche in Privatvereine aufgelöst würde, ähnlich wie in der amerikanischen Kirchenlandschaft
- dass der interreligiöse Dialog nicht mehr auf Augenhöhe und in vollem gegenseitigen Respekt geführt würde, sondern mit einem absoluten christlichen Wahrheitsanspruch
- dass bestimmte Lebensformen verdammt würden
- dass Homosexualität als „ungleichwertiges Leben“ beurteilt würde
- dass ein romantisierendes Familienbild und nicht die Realität die entsprechenden landeskirchlichen Stellungnahmen prägen würde
- dass wir in den Fragen zur Abtreibung auf den Stand der Diskussion in den 70er Jahren zurückfallen würden
- dass sich ein grundsätzlich anderes Seelsorgeverständnis durchsetzen würde, da sich die LG deutlich an missionarisch-evangelistischen Gedanken orientiert. Dieses andere Seelsorgeverständnis wird zum Beispiel aktuell deutlich beim Antrag der LG in der Synode, die Seelsorgeausbildung der „Bildungsinitiative für Seelsorge und

Prävention“, kurz BI, anzuerkennen. Die BI ist ein eigenständiger Verein, der von der Evangelischen Allianz, den Gemeinschaften und von Freikirchen getragen wird. Geführt wird er unter anderem von Pfarrern der Landeskirche. Personen, die dort zu haupt- und nebenamtlichen Seelsorgern und Lebensberaterinnen ausgebildet wurden, sollen in Kirchengemeinden und Einrichtungen Seelsorge gegen Bezahlung ausüben dürfen. Das ist wieder eine Parallelstruktur zum landeskirchlichen Seminar für Seelsorge-Fortbildung in Birkach, das unter anderem ehrenamtliche Seelsorger und Seelsorgerinnen ausbildet. Auch gibt es die Psychologischen Beratungsstellen, die eine qualifizierte, professionelle Beratung anbieten, sowie in den Diakonischen Bezirksstellen die Ehe-, Familien- und Lebensberatung.

- dass die Akademie in Bad Boll ständigen Angriffen durch die LG ausgesetzt wäre. Dass hier eine Gesellschaftsdiakonie geübt wird, hier der Ort ist, mit Politikern, Richtern, Arbeitgebern und Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen, das scheint für sie nicht wichtig (oder noch nicht wichtig?) zu sein. Vielleicht ist in Württemberg doch noch nicht ganz die neoevangelikale Taktik umgesetzt, die Einrichtungen für sich zu beanspruchen, zu vereinnahmen und für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. So hat der Direktor der Weltweiten Evangelischen Allianz vor kurzem verkündet, man wolle sich jetzt auch den strukturellen Ursachen für Not und Armut widmen. Die Evangelikalen würden sich daher weltweit zunehmend gesellschaftspolitisch engagieren wollen ... (Quelle: Evangelische Allianz online). Die Akademie soll, so die OK, dagegen weiter für Qualität in der landeskirchlichen Bildungsarbeit und über die Landeskirche hinaus sorgen.
- dass das theologische Niveau in der Synode hinter die 70er Jahre zurückfallen würde. Es wird der OK manchmal vorgeworfen, die alten Grabenkämpfe weiterführen zu wollen. Doch sieht man genauer hin, wird umgekehrt ein Schuh daraus! Die historisch-kritische Bibelauslegung wird von der LG noch genau so bekämpft wie damals, die Befreiungstheologien wurde nie wahr-, geschweige denn ernstgenommen, die feministische Theologie gilt nach wie vor als verdammenswert. Die Uhren würden zurückgedreht werden!

Mit einer absoluten Mehrheit der LG hätte also diese evangelikale Theologie freie Fahrt:

- mit ihren Lippenbekenntnissen zur Ortskirche
- mit ihren evangelikalen Parallelstrukturen
- mit ihrem Missbrauch der Seelsorge

- mit ihrer auf das Bekenntnis der Evangelischen Allianz eingeschworenen ideologischen Theologie für Kreationismus, Biblizismus und Homophobie

Was kommen wird, können wir bereits jetzt bei der Evangelischen Allianz lesen.

Die OK stemmt sich dagegen

Daher setzen sich 50 Kandidierende für die Offene Kirche ein, um die Evangelische Kirche im Land stark zu machen, das eigenständige und vielfältige Denken und Glauben zu fördern und Qualität zu garantieren, insbesondere in der Theologie. Zweifellos ist und bleibt die OK die reformatorische Kraft für unsere Kirche, gerade indem sie mit vielen Theologinnen und Nichttheologinnen für mehr Demokratie eintritt.

Das unterscheidet sie auch von der ebenfalls zur Wahl antretenden Partei „Kirche für morgen“, die bislang vor allem die Diakone und Diakoninnen vertritt, sowie von der Partei „Evangelium und Kirche“, die vor allem auf Pfarrerinnen und Pfarrern baut und sich selbst als Reflex auf links und rechts versteht. Dabei stellt sich die Frage angesichts des breiten Spektrums innerhalb der OK von politisch linken, liberalen bis hin zu pietistisch-toleranten Positionen sowie auch eines breiten Spektrums innerhalb der LG von fundamentalistisch, (neo-)evangelikal, alt- und neupietistisch: Weshalb bedarf es in der Synode auch noch einer Fraktion, die eine Mitte vertritt, die längst schon von den beiden großen Fraktionen abgedeckt wird? Ganz zu schweigen von dem sich neutral verstehenden Oberkirchenrat, der ebenfalls seine Hauptaufgabe im „Ausgleichen“ sieht. Eigene theologische Inhalte dieser Mitte sind nicht zu erkennen. Oft ist die Position von „Evangelium und Kirche“ dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht links noch rechts sind, sondern staats- und kirchenleitend – wie die des Oberkirchenrats. Diese Doppelung führt zu einer unglaublichen Redundanz und unzähligen Dubletten in der kirchenpolitischen Diskussion.

Welche Vision hat die OK für die Landeskirche?

In der theologischen Grundlegung für das Wahlprogramm der OK für die Wahlperiode 2001 bis 2007 heißt es: „Aus dem Wissen um Gottes Zuwendung schöpfen wir Kraft und Hoffnung für unser Glauben und Lieben, Handeln und Feiern und treten ein für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.“

In diesem Geiste hat die OK ihre Arbeit gemacht – und in diesem wird sie sie weitermachen. Zu diesem Themenkreis verhält sich die Lebendige Gemeinde nach wie vor distanziert. Es sind sehr politische Themen und da tun sich Evangelikale sehr schwer. Man will

bei der Bundeswehr nicht anecken, wenn es um Aussagen zur zivilen Konfliktregelung auf EU-Ebene geht. Man will bei den Medizinern nicht anecken, wenn es um Gentechnik geht, und bei Politikern nicht, wenn es um Fragen der Gerechtigkeit geht. Überall, wo Kirche öffentlich Stellung beziehen sollte, wo es andere Landeskirchen zum Teil schon getan haben oder auf EKD-Ebene Aussagen gemacht wurden, betätigt sich die LG als Blockiererin.

Thema: Überwindung von Gewalt

Während der Synodentagung im März 2007 hat die Synode auf Initiative der OK eine Stellungnahme zum Thema Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktregelungen verabschiedet. Sie wendet sich an den Rat der EU, an EU-Abgeordnete und an die Europäische Kommission, sich für eine Politik zur Friedensförderung und zivilen Konfliktbearbeitung einzusetzen. Hintergrund ist, dass in dem nicht verabschiedeten Verfassungsvertrag die militärische Aufrüstung Europas eine gewichtige Rolle spielt und eine Rüstungsagentur eingerichtet wurde. Der Kern der synodalen Stellungnahme ist die Forderung, der zivilen und gewaltfreien Konfliktlösung Priorität zu geben und bei der EU eine Europäische Agentur zur Friedensförderung einzurichten.

Thema: Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsstellen

In der Märzsynode 2003 hat die Synode sich mit dem Thema „Arbeitslosigkeit – eine Herausforderung für die Kirche“ befasst. Die Initiative für diesen Tagesordnungspunkt kam von den OK-Synodalen im Diakonieausschuss. Aus dieser Tagung heraus ist das Sozialforum entstanden, das nun jährlich in der Akademie Bad Boll statt findet.

In diesen Bereich gehört auch die Diakonie mit ihren vielfältigen Arbeitsbereichen von der Kranken- und Altenpflege über Behinderteneinrichtungen bis zur Asyl- und Flüchtlingsarbeit. Zu fragen ist hier, wie die Gestalt der Diakonie zukünftig aussehen soll, wenn sie ohne staatliche Zuschüsse unter verschärften Rahmenbedingungen auf dem freien Markt ihre Dienste anbieten muss. Heute schon reden wir von Diakonischen Unternehmen, denn ihre Geschäftsführer und geistlichen Leiter benehmen sich allzu oft wie Unternehmer. Zu spüren bekommen das zurzeit die Beschäftigten. Ihre Gehälter seien zu hoch, weshalb Einrichtungen ihre hauswirtschaftlichen Bereiche in Tochterunternehmen ausgründen, in denen sie die Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) nicht mehr anwenden müssen. Dies betrifft hauptsächlich Frauenarbeitsplätze. Argumentiert wird, man komme sonst in eine finanzielle Schieflage und die Insolvenz drohe. Aus diesen Gründen wurde seit rund

vier Jahren vonseiten der Arbeitgeber erheblicher Druck auf die Synodalen ausgeübt, das Arbeitsrechtsregelungsgesetz zu ändern, um damit den billigeren EKD-Tarif einführen zu können. Im März 2007 hat die Synode dieser Änderung zugestimmt. Dies bedeutet, dass die Einrichtungen nun selbst mit ihren Mitarbeitervertretungen aushandeln dürfen, welchen Tarif sie anwenden. Der Vorstand der OK und die Mehrheit des Gesprächskreises hat sich heftig gegen diese Gesetzesänderung gewehrt, weil es eine deutliche Verschlechterung für die Mitarbeitenden bedeutet. Die Mehrheit der Synode hat sich leider nach Sicht des OK-Vorstands für die Interessen der Arbeitgeberseite instrumentalisieren lassen. Die Gerechtigkeit, besonders beschämend im Umgang mit den 40 000 Mitarbeitenden, ist dabei auf der Strecke geblieben.

Thema: Bewahrung der Schöpfung

Hier hat die OK auch in ihren Programmen seit Jahrzehnten konkrete Forderungen sowohl an Politik und Wissenschaft als auch an Landeskirche und Kirchengemeinden gestellt und stellt sie immer noch. Mit der Einführung des Umwelt-Audits für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen und die Auszeichnung „Grüner Gockel“ hat die Landeskirche wichtige Schritte getan. Ziel ist es, die Umweltbelastung kirchlicher Gebäude kontinuierlich zu verringern und das Umweltbewusstsein in Kirchengemeinden und Einrichtungen zu fördern. Das dafür notwendige Umweltmanagement orientiert sich dabei an den europäischen Normen und internationalen Regeln, um so die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Dieser Prozess kommt zum Bedauern der OK nicht so schnell voran, wie das wünschenswert wäre.

Es gäbe noch manches Thema, über das zu berichten sich lohnen würde. Viele von den genannten Themen werden die OK weiter beschäftigen. Der Konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung muss auf jeden Fall dazugehören und deshalb spielt er im neuen Wahlprogramm der OK auch wieder eine wichtige Rolle. Kirche in der Welt sein, Kirche als Kraft, die die Gesellschaft mitgestaltet, Kirche für andere sein, das ist für uns von der OK die Konsequenz, die aus Glauben folgt. Aus diesem Geist ist das neue Wahlprogramm entstanden, das Sie im Internet auf www.offene-kirche.de und www.offene-kirche-waehlen.de finden können. Mit ihm soll deutlich werden, dass die OK bei diesen Wahlen wieder unbedingt Sitze dazu gewinnen muss, weil eine zukunftsfähige Landeskirche die OK als tragende Kraft braucht.

Diese Zusammenstellung basiert auf dem Vortrag „Gruppen in der Württembergischen Landessynode“ von Prof. Dr. Siegfried Hermle und Karin Oehlmann, gehalten am 15. Juni 2007 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, den Erinnerungen von Fritz Röhm in dem Buch „...und strecke mich aus nach dem, was da vorne ist“, herausgegeben zum 25. Jubiläum der OK, Informationen aus Wikipedia über die Geschichte der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, dem Vortrag „Was hat die OK mehr zu bieten?“ von Kathinka Kaden, gehalten am 18. Juli 2007 in Schorndorf und dem Vortrag „Die OK als Motor der Landeskirche“, gehalten von Cornelia Brox am 20. Juni 2007 in Neuenbürg.

Kathinka Kaden